

# Zum Kosovo

Während der Protest gegen die durch die Achse Washington-Brüssel herbeigeführte Abspaltung der serbischen Provinz Kosovo in Westeuropa vor allem von der serbischen Diaspora organisiert wird und die meisten Linken sich bedeckt geben (mit potentiellen „Nationalisten“ will man nichts zu tun haben), scheint die Ablehnung dieses völkerrechtswidrigen Aktes bei den fortschrittlichen Bewegungen in Mittel - und Südamerika selbstverständlich zu sein.

So liess der venezolanische Präsident Hugo Chavez verlauten, Venezuela werde Kosovo nicht als unabhängigen Staat anerkennen und stellte sich gegen die "Auflösung eines souveränen Staates in der Balkanregion". Ausserdem provoziere eine solche Aktion weitere bewaffnete Auseinandersetzungen im Balkan. Hierzu passt auch, dass bereits Kontakte zwischen venezolanischen, studentischen Anti-Chavez-Bewegungen und früheren Otpor-Kämpfern bestehen. Letztere spielten eine herausragende Rolle beim CIA-gesteuerten Putsch gegen Präsident Slobodan Milosevic im Jahr 2000. Auch Boliviens Präsident Evo Morales steht der westlichen Balkanpolitik kritisch gegenüber und verweist auf die wohlhabende bolivianische Region Santa Cruz, wo ebenfalls separatistische Kräfte am Werk sind. Dort streben rechte Kreise eine möglichst weitreichende Autonomie (zum Teil auch eine Abspaltung) des öl- und erdgasreichen Gebietes an. Reaktionen aus Kuba sind bisher keine erfolgt, Fidel Castros Stellungnahmen der letzten Jahre sind allerdings eindeutig: In einem Artikel über Kosovo vom Oktober 2007 schrieb der, kürzlich von allen Ämtern zurückgetretenen Comandante en Jefe, ein unabhängiges Kosovo diene ausschließlich den amerikanischen Interessen und Serbien verliere „Fabriken, Gebiete und Besitztum.“ Dem Land verbleibe somit „nur die Verpflichtung, die vor 1998 für die Investitionen in Kosovo gemachte Auslandsschuld zu zahlen.“ Auch aus lateinamerikanischen Staaten, wie Brasilien, Chile oder Argentinien sind kritische Stellungnahmen erfolgt. Einzig die Regierung des US-Satellitenstaates Costa Rica zeigt sich erfreut. Die Unabhängigkeitserklärung der kosovoalbanischen Behörden sei verständlich aufgrund der (angeblichen) serbischen Gräueltaten aus der Milosevic-Zeit. Auf dem amerikanischen Kontinent scheinen die Fronten noch geklärt zu sein. Nicht so im deutschsprachigen Raum, wo das Thema leider durch rechte Rattenfänger instrumentalisiert wird, während sich die Linke in Apathie übt. Ausgerechnet der österreichische FPÖ-Chef, Hans Christian Strache stellte sich klar gegen den albanischen Separatismus. In der Schweiz wird die geplante Anerkennung am meisten von Seiten der rechten „Schweizerischen Volkspartei“, SVP, kritisiert, während die Sozialdemokraten die stärksten Befürworter eines „Kosova-Staates“ sind. Wo bleibt eine Anti-Kriegsbewegung, die klarstellt, dass es bei der Solidarität mit Serbien nicht um Stimmungsmache gegen den Islam geht (dies dürfte wohl den Hauptgrund rechter Sympathien für die Serben darstellen), sondern schlicht und einfach um Widerstand gegen einen amerikanischen (und leider auch europäischen) Imperialismus, dessen Opfer sowohl Serben als auch Muslime sind?

*Benjamin Schett*

*Dienstag 26 Februar 2008, Vorwärts, Zürich*

*<http://www.vorwaerts.ch/vorwaerts/dotclear/index.php/2008/02/26/1941-zum-kosovo>*